

## BULLETIN N°004 - 24. NOVEMBER 2008

Das neue Selbstbewusstsein der europäischen Hochschulen und das kritische Erwachen von Schülern und Studierenden trägt reiche Früchte zum einsetzenden Winter.

Noch ist den Rektoren ihre neue Macht nicht geheuer – sie, die Verantwortlichen für wirtschaftsrelevante Geistesproduktion? Noch haben nicht alle Professoren die Zeichen der Zeit verstanden und beteiligen sich mit Studenten, Schülern und Lehrern am neuen Umdenkungsprozess. Noch sind nicht alle Studierenden fortschrittlich und traditionsbewusst wie die Italiener, die ein Manifest gegen Kontrolle, Leistungshatz und Sinnverlust im Studium verfasst haben.

**Die letzten News aus Europa** lassen keinen Zweifel an einer aufkeimenden neuen Renaissance. Zu weit haben es Bürokraten, Neoliberale und Rationalisierer getrieben – die Intelligenz zu Höchstleistungen peitschen und sie dabei in Ketten legen? Die neue Gesellschaft des Wissens, die „Bildungsrepublik Europa“ will frei und selbstbestimmt sein.

Die geizigen Schotten wollen ihre Bildung nicht zugrunde sparen, die sturen Spanier entzünden eine öffentliche Diskussion über den Bolognaprozess, im leidenschaftlichen Rumänien reicht die Lehrgewerkschaft der angeschlagenen Regierung die Hand. Und in der heimlichen Hauptstadt Europas Berlin gründen Studenten auf eigene Faust **ESNA**, die Agentur für europäische Hochschulnachrichten, und **EforS**, das Internetportal für mobiles Studieren.

Dass zum ersten Advent jedem ein Lichtlein aufgehen möge.

Bulletin n°005 erscheint am 8. Dezember.

## NEUER EUA-PRÄSIDENT

Neuer Präsident der European University Association (EUA) wird der Schweizer Jean-Marc Rapp. Professor Rapp ist Parteimitglied der Schweizer Liberalen, lehrt Handelsrecht an der Universität von Lausanne und tritt seit Jahren für den Beitritt der Schweiz in die EU ein.

Als EUA-Präsident ab April 2009 möchte Rapp die zweite Etappe der Bolognareform im Bereich des lebenslangen Lernens vorbereiten, denn „trotz der schleichenden Überalterung der Bevölkerung ... müssen unsere Universitäten darauf vorbereitet sein, Menschen immer und immer wieder auszubilden.“ (1) Der 56-Jährige will Mobilitätshemmnisse abbauen und sich für die Übertragung von Pensionsansprüchen bei grenzüberschreitenden Lehrtätigkeiten einsetzen.

Im Sinne seines Vorgängers Georg Winckler will er die EUA-Programme zur wirtschaftlich-strategischen Beratung der Universitäten (IEP) und zur Förderung der Doktorenausbildung (CDE) ausbauen. [899]

(1) Interview im [CRUS Newsletter](#), 22.11.08 | J.-P. Rapps CV



Jean-Marc Rapp (\*1951),  
new president of EUA from April 2009

## ERASMUSSTUDENTEN ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH

Italienische Erasmus-Studenten in ganz Europa haben sich verbündet und in vielen Städten gegen die geplante Hochschulreform in Italien protestiert.

In London protestierten am 7. November ungefähr zwanzig Studenten mit Transparenten vor dem italienischen Konsulat. Die international angekündigte Großdemonstration am 14. November in Rom war ein erneuter Anlass – diesmal für Transparente vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Die kommunikative und heimatverbundene

Gruppendynamik der Italiener, wie sie in den meisten Universitätsmetropolen gang und gäbe ist, tut bei der Mobilisierung Wunder. Immer wieder sind italienische Botschaften Sammelpunkt der protestierenden Studenten. In Sevilla ließen sie verlauten: „Auch wir Studierende im Ausland wollen den Protest unserer Kommilitonen in Italien unterstützen.“ [809]

## DEUTSCHLAND: MASSENPROTESTE FÜR BILDUNG

Am 12. November haben Schüler in mehr als 40 deutschen Städten gegen die Bildungspolitik der Regierung gestreikt. Zusammen mit solidarischen Studenten und Lehrern gingen mehr als 125.000 Menschen gegen überfüllte Klassen, Lehrermangel, „Kopfnoten“, das „Turboabitur“ und gegen Elitebildung im allgemeinen auf die Straße. „Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem!“ war eine der zentralen Forderungen. In Berlin besetzten etwa 1000 Demonstranten vorübergehend die Humboldt-Universität. Seit Semesterbeginn organisieren Studierende Proteste gegen die gegenwärtige Bildungspolitik, so in Dresden gegen das sächsische Hochschulgesetz oder in Hamburg gegen die „neoliberale Umstrukturierung der Hochschule“ zum Schaden der „historisch gewachsenen wissenschaftlichen Substanz insbesondere der Erziehungswissenschaft und der Lehrerbildung“ (1). [831]



Schülerdemo und Besetzung der Humboldt-Universität in Berlin, 12.11.08 (Fotos: Kietzmann)

## SCHLECHTE VORBEREITUNG AUFS BERUFSLEBEN IN DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH

Deutschland, Österreich und Spanien bereiten ihre Studierenden schlecht aufs Berufsleben vor. Zu diesem Ergebnis kommt der wettbewerbsorientierte Brüsseler Thinktank Lisbon Council, der am 13. November seine Vergleichsstudie der Hochschulsysteme von 17 OECD-Ländern vorgestellt hat.

Die Bewertungskriterien der Studie: Studierendenquote, Offenheit für diverse Vorbildungsniveaus, Arbeitsmarkteignung, Anziehungskraft für Ausländer, Lebenslanges Lernen, institutionelle Flexibilität.

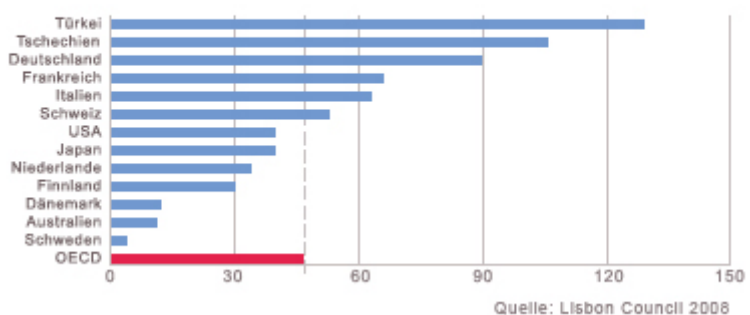
Das negative Abschneiden

der beiden deutschsprachigen Länder

erklären die Autoren mit einem zu elitären Bildungssystem, das den Hochschulzugang nur einigen Wenigen erlauben würde; in Deutschland wie Spanien wäre außerdem der

### Starke Unterschiede in der Selektivität des tertiären Bildungssektors

Unterschied zwischen den PISA-Ergebnissen eines durchschnittlichen Oberschülers und den für einen Hochschulabschluss nötigen Anforderungen (2003)



Nutzen des Studiums in Hinblick auf die Berufsrealität nicht hoch. Nicht ausschlaggebend war für die Bewertung, wie stark ein Hochschulsystem staatlich oder privat finanziert wird. „Was wirklich entscheidend war,“ sagte Lisbon Council-Präsident Paul Hofheinz im österreichischen Radio (1), „wie viel Geld insgesamt für die Universitäten zur Verfügung steht.“ [1067]

The Lisbon Council: [University System Ranking](#) | (1) [RADIO Ö1](#), 18.11.08

## **BEGEHRTE CHINESEN**

Ende Oktober, auf Chinas größter Bildungsmesse mit ausländischer Beteiligung, der China International Education Expo in Shanghai, umwerben europäische Hochschulen Jahr für Jahr junge Wissenschaftler und Studieninteressente. Unterstützt werden sie dabei von GATE Germany, einem deutschen Konsortium für internationales Hochschulmarketing, „auch dann, wenn sie nicht (oder noch nicht) auf direkte finanzielle Erträge zielen“. (1)

Das Engagement in Cina scheint sich zu lohnen. Im Studienjahr 2007 lag der Anteil ausländischer Erstsemester bei 17,7 %, im vergangenen Wintersemester waren es rund 233.000 Studenten. 11 % von ihnen kommen inzwischen aus China, drei mal so viele wie noch im Jahr 2000. (2) Insgesamt betrachtet sind von den 1,941 Mio. heutigen Studenten in Deutschland etwa 12% Ausländer. (3) [801]

(1) [GATE Germany](#) | (2) [BMBF Internationalisierungsstudie](#), 2005 | (3) [DESTATIS](#), 2008

## **DEUTSCH-POLNISCHE WISSENSCHAFTSSTIFTUNG**

Nach zähem Ringen hat die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung ihre Förderarbeit aufgenommen. Ihre Aufgabe ist es, bilaterale Hochschul- und Forschungsprojekte zu unterstützen und den Wissenschaftler- und Studierendenaustausch zu beflügeln. Das bereits unter Bundeskanzler Schröder angestoßene Stiftungsprojekt lag lange Zeit brach. Deutschland wird nun 50 von 55 Mio. Euro bereit stellen, zugleich behält sich Polen, das nur mit zwei von acht Plätzen im Kuratorium vertreten ist, ein Vetorecht bei allen Entscheidungen vor. Mit dieser Einigung konnten, nach fast vierjährigen Verhandlungen, die Vorbehalte gegen einen zu großen deutschen Einfluss in Polen schließlich ausgeräumt werden. Förderpriorität haben die Europa-Universität in Frankfurt/Oder und die Posener Adam-Mickiewicz-Universität. Antragsfrist ist der 6. Januar 2009. [835]

Informationen und Antragstellung unter: [www.dpws.de](http://www.dpws.de)

## **EINHEITSSOFTWARE GEGEN PLAGIATE**

Baden-Württemberg will Abschreibern den Garaus machen. Das Hochschulgesetz soll verschärft werden, so dass Plagiate ab März 2009 ein Exmatrikulationsgrund sind. Die Schummler gilt es jedoch erst aufzuspüren, was bisher aus technischen Gründen nicht flächendeckend möglich ist.

Massive Kritik gab es hierzu von „Plagiatjäger“ Stefan Weber aus dem Nachbarland Österreich: Der Medienwissenschaftler fordert eine einheitliche Plagiat-Software für alle Universitäten im deutschsprachigen Raum. Den Einsatz verschiedener Such-Software bezeichnete er gegenüber der österreichischen Tageszeitung Die Presse als „Augenauswischerei“, denn wissenschaftliche Arbeiten aus andern Hochschulen, Primärliteratur in Buchform und Übersetzungen können weiterhin problemlos kopiert werden. Nutznießer sind die Softwarehersteller und die ehrlosen Kopierer. [834]

## ITALIEN UND DEUTSCHLAND HABEN BEI TEMPUS IV DIE NASE VORN

Die multilateralen Hochschulprojekte, die ab Ende 2008 von Tempus IV-Förderungen profitieren, stehen fest.

Insgesamt werden 76 Kooperationen aus einem 51 Millionen Euro-Budgettopf gesponsort, je nach Projekt mit 500.000 bis 1,5 Millionen Euro.

Deutsche und italienische Universitäten weisen mit 26 bzw. 25 Projekten den höchsten Anteil genehmigter Anträge auf, gefolgt von Großbritannien, Spanien und Österreich. Gefördert werden gemeinsame Maßnahmen von Hochschulen in der EU mit internationalen Partnern, die sich etwa der Entwicklung neuer Studienpläne, der Verbesserung nationaler Qualitätsstandards oder der Modernisierung von Verwaltungsstrukturen annehmen. Das von der EU-Kommission 1990 initiierte Programm treibt, in Ergänzung zum Bolognaprozess, die Internationalisierung europäischer Hochschulen voran. [812]



Auskünfte der Europäischen Kommission zu [TEMPUS IV](#)

## SCHLECHTE KARTEN FÜR FRANKREICHS AKADEMIKER

Die Arbeitsaussichten für Hochschulabgänger in Frankreich haben sich drastisch verschlechtert. Im Oktober 2008 ist die Zahl an Jobangeboten für Absolventen um 32 % im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Betrachtet man die Anzahl der Stellen – ein Jobangebot kann mehrere Stellen umfassen – so sind es sogar gravierende 66 % weniger.

Dies ist das schlechteste Ergebnis, das der Verband AFIJ, der Hochschulabsolventen beim Berufseinstieg hilft, in seinem 14-jährigen Bestehen ermittelt hat. Der Stellenrückgang betrifft alle Berufsfelder und Vertragsarten, zirka 420.000 Absolventen sind davon direkt betroffen. „Es ist schwer zu sagen, ob diese Situation nur vorübergehend oder dauerhaft ist“, sagt Daniel Lamar, Direktor der AFIJ, gegenüber Le Monde. (1) Viele große Unternehmen, von der allgemeinen Krise betroffen, haben die Kooperation mit AFIJ eingestellt. [856]

(1) Daniel Lamar in [LE MONDE](#), 19.11.08 | [www.afij.org](http://www.afij.org)

## NEUES NETZWERK FÜR FRANZÖSISCHE STUDENTEN UND UNTERNEHMEN

Je besser man sich versteht, desto konstruktiver ist die Beziehung. Das gilt auch für Studenten und Unternehmen, dachten sich Julie Coudry, ehemalige Vorsitzende des französischen Studentenverbandes Confédération étudiante, und der frühere Gewerkschafter Laurent Bérail und gründeten am 6. November „La Manu“.

Ihr Ziel ist es, durch regelmäßige Treffen von Studierenden und Unternehmen den Aufbau eines Netzwerks zu fördern, das konstruktive professionelle Beziehungen knüpfen hilft. La Manu lebt von studentischer Initiative und finanziert sich teils aus öffentlichen Subventionen, teils durch die Unterstützung von Großsponsoren wie Danone oder EDF. Die Initiative arbeitet bereits jetzt mit zahlreichen Partnern aus studentischen, gewerkschaftlichen, unternehmerischen und hochschulischen Organisationen. [807]



Zur Website von [La Manu](#)

## GRIECHENLANDS LETZTES GEFECHT

Professoren, Rektoren und Studenten beziehen eine klare Position zu den Plänen der griechischen Regierung, die Bildung privaten Investoren und der Konkurrenz zu öffnen. Demonstrationen in Athen, Vorlesungen im Parlament und die vorläufige Besetzung des Deree American College sind nur einige der Aktionen vergangener Tage und Wochen. Fest entschlossen, alle legalen Wege zu beschreiten, um die Privatisierung des griechischen Hochschulsystems zu stoppen, sagte Yannis Polyzos, Vizekanzler der Technischen Universität Metsovio, der Presse: „Die Regierung hat es verpasst, strikte Rahmenbedingungen vorzuschreiben. Dies hat zu schlechterer Qualität und mehr Aufwand bei weniger Bezahlung geführt.“ Er lobte Spanien und Deutschland, wo in der tertiären Bildung zwar „Aus- und Neugründungen durch private Investoren stattfinden, diese aber nicht den Hauptkorpus des Hochschulsystems bilden.“ Für ihn ist klar, dass eine „hochwertige öffentliche Bildung der einzige Weg ist, die Abwertung von Abschlüssen“ und die soziale Selektion zu bekämpfen. [1040]

## FLEXIBLERES STUDIENANGEBOT AN BRITISCHEN HOCHSCHULEN

In Großbritannien sollen flexible Studienverlaufsmodelle zum Einsatz kommen. Das britische Hochschulforschungsinstitut HEA hat ermittelt, dass 42 % der britischen Studierenden Teilzeitstudenten sind. „Und es werden immer mehr in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren“, sagt HEA-Direktor Paul Ramsden und schlägt ein modulares Bildungssystem vor, in dem die Studierenden ihre Studiengänge je nachdem, wie sie Zeit haben und welchen Abschluss sie anstreben, selbst aussuchen können. (1) Diese „Pick-and-mix-Degrees“ sind einer der Vorschläge, die im Rahmen der von Hochschulminister John Denham im Frühjahr dieses Jahres angestoßenen Debatte über „The Future of Higher Education“ erarbeitet wurden. (2) Denn, so der Studentendachverband NUS, wer arbeitet, bricht eher sein Studium ab. Die Abbrecherrate in Großbritannien liegt derzeit bei 22 %. (3) [832]

(1) Paul Ramsden in [THE GUARDIAN](#), 12.11.08 | (2) Dokumente zur englischen [Hochschuldebatte](#) | (3) Parlamentsreport über [Studienabbrecher](#), Feb. 08

## GROSSBRITANNIEN: TEENAGER AN DER UNI

Die britische Regierung denkt laut über Bachelorstudiengänge für 16-Jährige nach. Die Hochschulen sollen „billiger als geplant“ einer größeren Gruppe von Studieninteressierten geöffnet werden, so der Präsident der Association of Colleges David Collins in einem Arbeitspapier. (1)

Mit dieser Maßnahme soll das sog. Leitch-Ziel, bis 2020 vierzig Prozent der Berufstätigen auf Qualifikationslevel 4 (Hochschulniveau) zu bringen, erreicht werden. Diese Zielsetzung wurde von Sandy Leitch formuliert, dem Beauftragten für langfristige Qualifikationsplanung. (2)

Zwar hat England den Zugang zu Hochschulen verbessert, ist jedoch im internationalen Vergleich seit dem Jahr 2000 von Platz 4 der OECD-Rangliste auf Platz 12 gerutscht. Die berufsbildenden Bachelorprogramme sollen nun zur Deckung des Fachkräftebedarfs beitragen und die Einschnitte in das Bildungsbudget 2009 von rund 200 Mio. Pfund kompensieren. [897]

(1) [AoC Policy Papers](#), Oct. 2008 | (2) [Leitch Review](#)

## MANIFEST ZUR SELBSREFORM DER ITALIENISCHEN UNIVERSITÄTEN

Nach den landesweiten Protesten der vergangenen Wochen gegen die Sparpläne der Regierung Berlusconi ist die Zeit für konstruktive Vorschläge reif. Ein Gremium der Protestierenden aus 37 Städten, das sich den Namen „L'onda“ (Die Welle) gegeben hat, hat ein „Manifest zur Selbstreform der Universitäten“ vorgelegt.

Umfassende Vorschläge in drei Kernbereichen wurden erarbeitet. „Lehre“: Aufhebung der starren „3+2“-Regelung für Bachelor und Master, Abschaffung des NC, der ECTS-Punkte, der Anwesenheitspflicht und die Überarbeitung der modularen Studienstruktur. „Recht auf Studium“: kostenlose Nutzung von Mensa und öffentlichen Verkehrsmitteln, ein allgemeines „Studentensalär“ und Anspruch auf Wohnraum für nicht ansässige Studierende. „Forschung“: ein Mindestlohn von 1300 Euro für Doktoranden und nicht festangestellte Wissenschaftler.

Zur Durchsetzung der Forderungen sind weitere Proteste und, gemeinsam mit der Gewerkschaft Cgil, ein Generalstreik am 12. Dezember geplant. [954]



Italienische Studierende beraten die Hochschul-Gegenreform, La Sapienza, Rom, Nov. 2008

## VERARMTER EINSTEIN IN ROM

Im CHE Excellence Ranking wird die Physikfakultät der römischen Universität La Sapienza zu einer der europaweit besten gezählt. Dennoch wird auch dieser ausgezeichnete Fachbereich Opfer von Berlusconis Rotstift.

Bei 20 % weniger Geld für alle italienischen Hochschulen in den nächsten fünf Jahren wird nicht zwischen guten und schlechten unterschieden. Auch wenn an der Sapienza der Prozentsatz erfolgreicher Absolventen von Jahr zu Jahr steigt, wurden seit 2001 über 35% der öffentlichen Mittel gestrichen. Und der Gerichtsvollzieher ist in der Fakultät gerade fleißig am Pfänden, während Physikforscher Giovanni Amelino-Camelia an einer neuen Quantentheorie arbeitet. Das amerikanische Discover Magazine hält ihn für einen der sechs möglichen Erben Einsteins, und er ist Mitglied der internationalen Weltraumagentur. Da er in Rom sitzt hat er das kleinste Budget: 20.000 Euro im Vergleich zu 120.000 seines deutschen Kollegen. [929]

Zum [CHE Excellence Ranking](#)

## ÖSTERREICH: GEBÜHRENFREIES STUDIUM MIT HINDERNISSEN

Werden die Studiengebühren in Österreich kurz nach ihrer Abschaffung wieder eingeführt?

Im wohlhabenden Tirol hätte man nichts dagegen, zumindest der dortige SPÖ-Vorsitzende Gschwendter bedauert die Einnahmeausfälle für die Hochschulen und sieht den Ansturm deutscher Studierender schon kommen. (1)

Im Kernland dagegen ringt man mit dem Fortschritt, denn das gebührenfreie Studium ist an Bedingungen geknüpft, die viel Bürokratie verursachen. Allein an der Uni Wien

könnten 24.000 Studierende, die ihre Regelstudienzeit schon um zwei Semester überschritten haben, triftige Gründe wie Krankheit, Schwangerschaft, Behinderung oder Arbeit dafür geltend machen.

Nun hagelte es allseits Kritik. Rektorenpräsident Badelt hält die Ausnahmeregelungen „für nicht administrierbar“. (2) Studierendenvertreter verlangten erneut die sofortige Abschaffung der Gebühren ohne Ausnahmen. (3) [860]

(1) [derStandard.at](#), 10.11.08 | (2) [Rektorenkonferenz](#), 5.11.08 | (3) [ÖH](#), 10.11.08

## **MILLIARDEN FÜR DIE POLNISCHE WISSENSCHAFT**

Polens Forschungsbudget wird ab 2009 voraussichtlich um mehrere Milliarden wachsen. Zum einen soll Polen aus EU-Mitteln 4 Mrd. Euro für seine Forschungsinfrastruktur und Universitäten erhalten. Diese Mittel sollen insbesondere die wissenschaftliche Ausbildung verbessern, sagte der Sprecher des Wissenschaftsministeriums Olaf Gajl. (1)

Zudem werden nächstes Jahr ca. 1 Milliarde Zł. (ca. 300 Mio. Euro) mehr staatliche Mittel zur Umsetzung einer grundlegenden Reform des gesamten Bildungssystems im Sinne der Lissaboner Strategie investiert. Vor allem lokale Konzerne und mittelständische Unternehmen sollen in Forschungsprojekte involviert werden. Eine umfangreiche Finanzierung wirtschaftsrelevanter Forschungszweige bilde den „Schlüssel für die Zukunft der polnischen Wissenschaften“, sagte Ministerin Barbara Kudrycka auf einer Konferenz der Europäischen Investitionsbank (EIB) am 6. November in Warschau. (2) Die EIB hat Polen für die Forschung bereits im Juni ein Darlehen von 600 Mio. Euro gewährt. [1008]

(1) [Researchers Mobility Portal Poland](#), 29.10.08 | (2) [Science and Scholarship in Poland](#), 07.11.08

## **KRAKAUER STUDENTEN IN WOHNUNGSNOT**

Die Internationalisierung des Studiums trägt auch faule Früchte, wie sich am Beispiel der traditionsreichen Universitätsstadt Krakau zeigt. Obwohl das Semester längst begonnen hat, suchen viele Krakauer Studierende noch immer eine Unterkunft. Rund 5000 Studienanfänger kommen jedes Semester allein an die Jagiellonen-Universität. Die Studentenwohnheime sind mit den rund 2700 Auslandsstudenten fast voll, und die meisten Einheimischen müssen ihr Obdach auf dem hart umkämpften Wohnungsmarkt der Universitätsstadt suchen. Doch in Krakau boomt der Immobilienmarkt und bis zu 800 Euro für ein Einzelzimmer sind für polnische Geldbörsen zu viel. So suchen manche Studenten schon nach Garagen oder Heuschobern oder wohnen in ihren Autos nahe der Hochschule. [752]

## **RUMÄNIEN SETZT GEHALTSSTEIGERUNG DOCH AUS**

Die lang umkämpfte Gehaltserhöhung für die rumänischen Lehrer und Hochschulmitarbeiter wird vorerst nicht in Kraft treten. Mit einer entsprechenden Notverordnung verschob der Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu das eben verabschiedete Gesetz auf das Frühjahr 2009.

Dennoch sagte die Gewerkschaftsvereinigung Spiru Haret die für Ende November geplanten Streiks ab. Ihr Vorsitzender Marius Nistor begründete dies damit, dass er dem Streik „keinen politischen Beigeschmack geben wolle.“

Das veränderte Gesetz sieht nun vor, zunächst Neulingen im Lehrbetrieb eine Gehaltsanhebung von 28 % zukommen zu lassen. So wird vorerst nur ein Drittel der rumänischen Lehrkräfte von ihr profitieren. Dies ist die dritte Notverordnung der Regierung seit der ersten Vorlage des Gesetzes Anfang Oktober d. J. [794]

## BALD GEBÜHREN AN SCHOTTISCHEN UNIVERSITÄTEN?

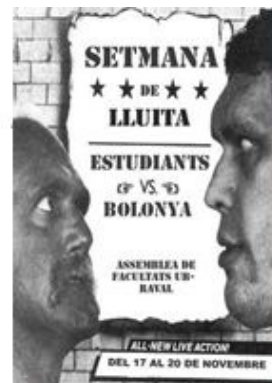
Schottische Universitäten erheben bisher keine Studiengebühren, doch das könnte sich bald ändern. Denn die Ängste, man könnte der Konkurrenz der englischen Hochschulen mit hohen Gebühreneinnahmen nicht standhalten, mehren sich.

Mitte November entsprach das Kabinett um Bildungsministerin Fiona Hyslop den Wünschen der Ende 2007 gegründeten „Taskforce in Higher Education“ und erkannte die ökonomische Schlüsselrolle der Hochschulen an. Der Schritt, den Hochschulen volle finanzielle Autonomie zu gewähren und die Universitäten in eine Angebots-Nachfrage-Situation zu zwingen, könnte aber die Grundlage für die Einführung von Studiengebühren sein. Gleichzeitig will die schottische Regierung mehr in die Hochschulen investieren, um bis zum Jahr 2028 in das oberste Viertel des OECD-Rankings für Investitionen in Forschung und Entwicklung aufsteigen. [848]

## STILLSTAND AN SPANISCHEN HOCHSCHULEN

Der eben begonnene Bolognaprozess in Spanien stößt auf starken Widerstand. Am 13. November demonstrierten 10.000 Studenten in Madrid gegen die begonnenen Reformen. In Sevilla versammelten sich rund 2500 Demonstranten unter Leitung der Arbeitsgruppe „No a Bolonia“ und der Andalusischen Studentenvereinigung CAE. „Die Bildung ist ein Recht, keine Verhandlungsmasse“, skandierten sie und die Professoren gleichermaßen.

In der Folgeweche wurde die Universitäten von Barcelona bestreikt, und Studierende der Autonomen Universität von Barcelona (UAB) haben den Fachbereich für Politologie besetzt. Überall werden Diskussionen organisiert. Auf der Pressekonferenz am 22. forderten die Besetzer der UAB: Aussetzen der Prozesse gegen die Besetzer, eine öffentliche Debatte über den Plan Bolonia mit allen Beteiligten und ein Referendum an allen Fakultäten zum Stopp seiner Umsetzung. [875]



Proteste an der UB Central und Plakat der UB Raval, Barcelona 22.11.08